

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 72. Sitzung am 26. August 2010 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Gesetz zur Sicherstellung der Rechte von Menschen mit Unterstützungs-, Pflege- und Betreuungsbedarf in unterstützenden Wohnformen (Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz - BremWoBeG)
Mitteilung des Senats vom 10. August 2010
(Drucksache 17/1382)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

2. Bremisches Gesetz zum Schutz von Bewohnern von Heimen (Bremisches Heimbewohnerschutzgesetz - BremHeimG)
Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. August 2010
(Drucksache 17/1402)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

3. Ländervergleichsstudie Bildung muss Konsequenzen haben
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. August 2010
(Drucksache 17/1394)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

4. Initiative zur Verbraucherinformation und Lebensmittelsicherheit
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 2. August 2010
(Drucksache 17/1375)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

5. Smiley-Kennzeichnungssystem für die Gastronomie einführen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 24. August 2010
(Drucksache 17/1409)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ab dem 1. Januar 2011 die freiwillige Smiley-Positivkennzeichnung verbunden mit öffentlichen Negativlisten - in Anlehnung an das Modellprojekt "Berlin-Pankow" - für das Bremer Gastronomiegewerbe einzuführen,

2. sich auf Bundesebene für die Einführung eines verpflichtenden Smiley-Systems für das Gastronomie- und Lebensmittelgewerbe einzusetzen.

6. Kontrolle von Bordellbetreibern verbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2010
(Neufassung der Drs. 17/1258 vom 20. April 2010)
(Drucksache 17/1346)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

7. Bordellbetriebe kontrollieren, Profite abschöpfen, Ausbeutung von Prostituierten und Menschenhandel konsequent verfolgen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. August 2010
(Drucksache 17/1405)

Der Senat wird aufgefordert,

1. gewerberechtliche Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen:
 - a. die Zulassung von Bordellbetrieben zu verweigern, sofern Zweifel an der notwendigen Zuverlässigkeit der Antragsteller bestehen,
 - b. die Zulassung mit Auflagen zu verbinden, die dem Arbeits- und Gesundheitsschutz von Prostituierten und Kunden dienen,
 - c. die Einhaltung der Zulassungsvoraussetzungen und die der Auflagen regelmäßig zu kontrollieren,
 - d. die Zulassung in Fällen von Verstößen zu widerrufen und sicherzustellen, dass von diesen Regelungen auch Eigentümer und Vermieter von Modelwohnungen und sogenannten Koberwohnungen erfasst werden sowie
 - e. die Möglichkeit zu schaffen, dass selbstständige Prostituierte Ihre Tätigkeit als Gewerbe anmelden können und
 - f. bei der Zulassung von Bordellbetrieben die Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern angemessen zu berücksichtigen,
2.
 - a. geltendes Steuerrecht so anzuwenden, dass die Betreiber von Bordellbetrieben und anderen Prostitutionsstätten, sowie Personen die anderweitig Prostitutionsausübung organisieren, kontrollieren oder steuern und die an den wirtschaftlichen Erträgen von Prostitution beteiligt sind, zu angemessenen Vorauszahlungen auf ihre individuelle Steuerschuld herangezogen werden,
 - b. für selbstständige Prostituierte ein steuerliches Pauschalvorauszahlungssystem umzusetzen, dass an der realen Einnahmen-/Überschuss-Situation der Gewerbetreibenden ansetzt,

3. weiterhin ausbeuterische Prostitution und Menschenhandel in jeglicher Form konsequent strafrechtlich zu verfolgen, sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Sozialbehörden im Interesse des Schutzes der Opfer reibungslos erfolgt und Gewinne konsequent abzuschöpfen,

4. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten zu berichten.

8. Gunnar Heinsohn beleidigt Menschen und blamiert Bremen
 Bremische Bürgerschaft distanziert sich
 Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE.
 vom 26. April 2010
 (Drucksache 17/1276)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

9. Unterrichtung der Bremischen Bürgerschaft gemäß § 13 BremIFG über die Auswirkungen des Bremischen Informationsfreiheitsgesetzes
 Mitteilung des Senats vom 27. April 2010
 (Drucksache 17/1279)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

10. Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan!
 Antrag der Fraktion DIE LINKE.
 vom 18. Mai 2010
 (Neufassung der Drs. 17/1283 vom 3. Mai 2010)
 (Drucksache 17/1296)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

11. Drogenabhängigkeit und Drogenkriminalität
 Große Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 20. April 2010
 (Drucksache 17/1260)
 Dazu
 Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2010
 (Drucksache 17/1305)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

12. Anstrengungen zur Bekämpfung des Drogenproblems intensivieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2010
(Neufassung der Drs. 17/1355 vom 16. Juni 2010)
(Drucksache 17/1356)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

13. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:
1. Normenkontrollrat als Modell auch für Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. April 2010
(Drucksache 17/1272)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 25. Mai 2010
(Drucksache 17/1306)
 2. Rechtswidrige Abschiebep Praxis in Bremen? Umgehung amtsärztlicher
Krankschreibungen mit Hilfe externer Mediziner
Große Anfrage der Fraktion der DIE LINKE.
vom 26. April 2010
(Drucksache 17/1277)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2010
(Drucksache 17/1315)
 3. Missbrauch zugewiesener Unterrichtsstunden in Biblische Geschichte
abstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Mai 2010
(Drucksache 17/1295)
 4. Umweltbewusstsein stärken - Potenziale aller Bevölkerungsgruppen
ausschöpfen
Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2010
(Drucksache 17/1313)
 5. "Lebenslagen im Land Bremen" - Armuts- und Reichtumsbericht 2009
Strategien und Maßnahmen zur Minderung von Armut und zur Stärkung
des sozialen Zusammenhalts
Mitteilung des Senats vom 1. Juni 2010
(Drucksache 17/1317)
 6. Keine weitere Privatisierung der Abwasserentsorgung
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 18. August 2010
(Neufassung der Drs. 17/1329 vom 10. Juni 2010)
(Drucksache 17/1398)

7. Die Situation von Asbestgeschädigten in Bremen und Bremerhaven verbessern
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 25. Mai 2010
(Drucksache 17/1304)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. August 2010
(Drucksache 17/1376)
8. Abfallsammlung bürgerfreundlich gestalten - kommunale Steuerung erhalten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 2. Juni 2010
(Drucksache 17/1318)
9. Innovationen fördern - Bremen zur Pilotregion für Elektromobilität ausbauen
Antrag der Fraktion der CDU vom 8. Juni 2010
(Drucksache 17/1319)
10. Elektromobilität im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 9. Juni 2010
(Drucksache 17/1327)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. August 2010
(Drucksache 17/1388)
11. Verfehlung der Leistungsziele Arbeitsplatzschaffung und -sicherung, Flächenvermarktung, Akquisition und Besuchergewinnung durch die bremische Wirtschaftsförderung
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. Juni 2010
(Drucksache 17/1320)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. August 2010
(Drucksache 17/1377)
12. Farbschmierereien an öffentlichen Gebäuden umgehend beseitigen - Täter konsequent abschrecken
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 9. Juni 2010
(Drucksache 17/1326)
13. Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts "Stopp der Jugendgewalt" vorlegen
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU vom 11. Juni 2010
(Drucksache 17/1332)

14. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1350)
1. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26. August 2010
(Drucksache 17/1410)
15. Räumliche Beschränkungen für Flüchtlinge und Asylsuchende im Land Bremen aufheben
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 21. Juni 2010
(Neufassung der Drs. 17/1354 vom 16. Juni 2010)
(Drucksache 17/1357)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 20. August 2010
(Drucksache 17/1401)
16. Gut versorgt zu Hause - angemessene Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Juni 2010
(Drucksache 17/1358)
17. Masterplan Industrie Bremen
Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2010
(Drucksache 17/1361)
18. Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer
Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2010
(Drucksache 17/1362)
1. Lesung
19. Affenversuche an der Bremer Uni endlich stoppen!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann vom 12. Juli 2010
(Drucksache 17/1370)
20. Einführung eines Tages des Erinnerns und Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1945 (Tag der Befreiung)
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 23. Juli 2010
(Drucksache 17/1374)

21. Stärkung des gemeinsamen Sorgerechts für uneheliche Kinder
Antrag der Fraktion der FDP
vom 4. August 2010
(Drucksache 17/1381)